KRIEG IM JEMEN

Wenn sich die USA selber seeblockieren

Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate bereiten eine Offensive auf die jemenitische Hafenstadt Hodeidah vor. Dass damit die Hungersnot im Jemen eskalieren dürfte, könnte zum Kalkül der Aktion gehören.

VON ROMAN ENZLER

Auch Medikamente kommen zurzeit kaum ins Huthigebiet: Ein Mann besucht in Sanaa einen an Cholera erkrankten Verwandten. FOTO: KHALED ABDULLAH, REUTERS

Der Jemen steht vor einer verheerenden Hungersnot. Nahrungsmittelhilfen, auf die vier Fünftel der Bevölkerung angewiesen sind, gelangen viel zu spärlich ins Land – und schon vor dem Ausbruch der Cholera, mit der sich im Mai 25 000 Menschen infizierten, fehlten sechzig Prozent der benötigten Medikamente. Grund für die katastrophale Versorgungslage sind nicht nur harzig fliessende Hilfsgelder. Gravierender noch ist die Sabotage der Importwege durch Saudi-Arabien und seine Partner, darunter die USA. Mitte Januar etwa sollte ein Frachtschiff des Uno-Welternährungsprogramms (WFP) vier Hafenkräne in die von den Huthi kontrollierte Küstenstadt Hodeidah liefern: Sie sollten die Löschkapazitäten des wichtigsten Hafens im Land steigern und so die dramatische Versorgungskrise mildern. Der Frachter wurde jedoch von der saudi-arabischen Marine gestoppt. Nach zwei Wochen kehrte er um, und die Kräne wurden in Dubai eingemottet. Während das US-Aussenministerium die Kräne finanziert hat und den grössten Teil des WFP-Budgets bereitstellt, unterstützt das US-Verteidigungsministerium die Seeblockade logistisch, an der der Frachter hängen blieb.

Arabisches «Vietnam»

Im Winter 2015 verjagte die Huthimiliz den im Land umstrittenen, aber international anerkannten Präsidenten Abed Rabbo Mansur Hadi ins saudische Exil und brachte den gesamten Westen des Jemen inklusive Hodeidah unter ihre Kontrolle. Als Schutzmacht der Regierung Hadi schmiedete Saudi-Arabien darauf eine Koalition aus neun Staaten mit dem Ziel, die Huthi wieder zu vertreiben. Dass diese unter dem Einfluss des Iran stünden – das Hauptargument der Koalition –, wurde von neutralen BeobachterInnen stets bestritten. Während Saudi-Arabien fortan die Hadi-loyalen Truppen und Milizen vor allem mit Luftschlägen unterstützte, schickten die Vereinigten Arabischen Emirate eine Söldnerarmee als Bodentruppe ins Feld.

Die Intervention ist ein militärisches Desaster: Die Armeen der reichsten Staaten der Region, die gemeinsam fast die Hälfte der amerikanischen Kriegsmaterialexporte absorbieren, werden einer Rebellengruppe im ärmsten Staat Arabiens nicht Herr – und die einzige Gruppierung, die ihren Einfluss seit dem Eingreifen der Koalition entscheidend ausbauen konnte, ist al-Kaida auf der Arabischen Halbinsel. Dabei war und ist deren Bekämpfung das offizielle Kriegsmotiv der USA. Unter Präsident Donald Trump, dessen erste Auslandsreise vergangenes Wochenende nach Saudi-Arabien führte, wurde die US-Unterstützung der Koalition intensiviert.

Schon zu Friedenszeiten deckte der bitterarme Jemen seine Versorgung zu neunzig Prozent durch Importe, siebzig Prozent davon gelangten über den Hafen in Hodeidah ins Land. Die Seeblockade, die im April 2015 durch die Saudis über die Huthigebiete verhängt worden ist, soll angeblich iranische Kriegsmateriallieferungen unterbinden. Sie und die zerbombte Hafeninfrastruktur drosseln die lebensnotwendige Zufuhr von Medikamenten, Nahrungsmitteln und Treibstoffen nach Hodeidah und in die von den Huthi kontrollierten Gebiete.

Rotes Kreuz muss ausweichen

Seit vergangenem Februar kann das IKRK gar keine Güter mehr nach Hodeidah senden, berichtet Iolanda Jaquemet, Mediensprecherin des IKRK im Nahen Osten. Ihre Speditionsfirmen seien angesichts wochenlanger Wartezeiten wegen der Seeblockade und der drohenden Offensive durch die Koalition nicht mehr dazu bereit, den Rotmeerhafen anzusteuern. Während einige kommerzielle Importeure die Wartezeiten und das Kriegsrisiko auf die Preise ihrer Güter abwälzen, weicht das IKRK neu auf den Hafen in Aden aus. Laut Jaquemet ist dies aber keine geeignete Alternative: Die beschränkten Kapazitäten des dortigen Hafens, vor allem aber der Landweg in die Zielgebiete mit gegen hundert Checkpoints beeinträchtigten die Effizienz der humanitären Hilfe massiv.

> Die Intervention ist ein Desaster: Einzig al-Kaida profitiert.

Von gezieltem Aushungern des Huthigebiets durch die Koalition will das auf Neutralität bedachte IKRK nicht sprechen. «Massive Importrestriktionen mit gravierenden Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung» lautet die Sprachregelung, an die Jaquemet sich hält. Danach befragt, ob die Versorgungskrise zum Kalkül der Koalitionskräfte gehöre, meint Dana Sacchetti vom Welternährungsprogramm: «Die USA und Saudi-Arabien sind die beiden mit Abstand wichtigsten Geldgeber der WFP-Mission im Jemen», unter anderem deshalb könne er nichts dazu sagen. Unbefangener ist Roland Popp, der am Zentrum für Sicherheitsstudien der ETH zum Nahen Osten und zum Jemen forscht. «Weil die Koalitionskräfte militärisch nicht vom Fleck kommen, wollen sie den Druck auf die Zivilbevölkerung im Huthigebiet weiter erhöhen – Hodeidah bietet sich hierzu als Ziel an.» Man schneidet die Nahrungszufuhr ab und hofft auf Hungerrevolten, so das Kalkül. Anders denn als Teil einer Aushungerungstaktik lässt sich die beschlossene Offensive laut Popp nicht interpretieren.

FRANKREICH

Machiavelli im Élysée-Palast

VON DANIEL HACKBARTH

Emmanuel Macron setzt seinen Feldzug gegen die etablierten Parteien fort: Schon während des Wahlkampfs hatte er immer wieder betont, für eine Politik jenseits des alten Gegensatzes von links und rechts zu stehen, und dieser Linie folgt der 39-Jährige auch nach seinem Einzug in den Élysée-Palast. So setzt sich die Regierung, die Frankreichs neuer Präsident vergangene Woche ernannt hat, sowohl aus konservativen und sozialistischen PolitikerInnen wie auch VertreterInnen der viel beschworenen Zivilgesellschaft zusammen. Wahrlich also eine die Lager übergreifende Regierung der Mitte, könnte man meinen; zumal die Hälfte der Posten mit Frauen besetzt wurde.

An Letztere gingen allerdings überwiegend unbedeutende Ressorts, während der selbsterklärte Feminist Macron entscheidende Ämter in die Hände politisch rechts stehender Protagonisten gelegt hat: Premierminister Édouard Philippe, Wirtschaftsminister Bruno Le Maire wie auch Gérald Darmanin, Minister für den öffentlichen Dienst und den Haushalt, sind allesamt Mitglieder der konservativen Républicains. Zwar gingen das Innen- und das Aussenministerium an Sozialisten, letztlich ändert das aber nichts daran, dass die Regierung eher ein rechtes denn ein linkes Profil hat.

Dahinter steht Macrons Kalkül, mit diesem Personal den Konservativen bei den im Juni anstehenden Parlamentswahlen das Wasser abgraben zu können. Um seine Reformen durchsetzen zu können, benötigt der Präsident eine Mehrheit in der Nationalversammlung, andernfalls droht ihm die Kohabitation, was seinen Handlungsspielraum enorm einschränken würde. Da der Parti socialiste (PS) am Boden liegt, geht für Macron vor allem vonseiten der Républicains Gefahr aus. Diese träumten schon von einer parlamentarischen Mehrheit – und schäumen nun ob der Überläufer aus den eigenen Reihen.

Macrons Manöver zielen darauf ab, den vergleichsweise gemässigten Flügel der Rechten auf seine Seite zu ziehen. Nachdem er also im Präsidentschaftswahlkampf schon erfolgreich den PS marginalisiert hat, nimmt er nun in bester machiavellistischer Manier die Republikaner ins Visier. Tatsächlich deuten aktuelle Umfragen darauf hin, dass der Präsident bei den Wahlen im Juni auf eine eigene Mehrheit hoffen darf. Zugleich ist die Besetzung der Regierung aber auch ein weiteres Indiz dafür, wie der während seiner Kampagne notorisch im Vagen gebliebene Macron wirklich tickt. Einer weiteren Deregulierung des Arbeitsmarkts dürfte sich diese Regierung jedenfalls kaum versperren.

TÜRKISCHES TAGEBUCH

Ein Werbemotto für Consultingfirmen

ECE TEMELKURAN über Begriffe in postfaktischen Zeiten

16. Mai: Vor einer Woche hat die US-Regierung beschlossen, die YPG-Miliz mit Waffen auszustatten, nun ist der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan ins Weisse Haus geeilt. Selbstverständlich war seine Ankunft in Washington spektakulär: Erdogans Bodyguards attackierten Protestierende, die sich vor dem Weissen Haus versammelt hatten – so wie sie es bei diversen Anlässen in- und ausserhalb der Türkei schon getan hatten. Zwar beeilte sich die Polizei, dem beispiellosen Actionfilm ein Ende zu setzen; das hielt die Bodyguards jedoch nicht davon ab, eine Demonstrantin zu würgen. Bilder des Vorfalls zirkulieren bereits in den sozialen Medien. «Wir sollten ihren Botschafter zum Teufel jagen. Das hier sind die Vereinigten Staaten von Amerika, nicht die Türkei. Wir sind hier nicht in einem Drittweltland», sagte Senator John McCain. Nun, mit dieser Verortung wäre ich vorsichtig. Offensichtlich tut Erdogan alles, damit die Türkei als wahnsinnig erscheint.

> Offensichtlich tut Erdogan alles, damit die Türkei als wahnsinnig erscheint.

17. Mai: Gestern habe ich Santa Maddalena den Rücken gekehrt, einem Rückzugsort für AutorInnen in der Toskana. Es ist schon beinahe schizophren, an solch wunderschönen Orten über die Türkei zu schreiben. Wo ist das Leben, und wie sieht meine Wirklichkeit aus?, fragt man sich immer wieder. Die Schönheit des Ortes lässt dich den Irrsinn vergessen, dem du in der Türkei lebend ausgesetzt wärst. Dort ist der Irrsinn Alltag, er lullt dich ein und lässt alles erträglicher erscheinen, beinahe normal.

Ich bin an die Universität London eingeladen worden, um meinen neuen Roman vorzustellen. Stattdessen erzählte ich über die Türkei und erwähnte das Buch nur in wenigen Sätzen. Man fühlt sich schuldig, über das eigene Buch zu reden, wenn gerade zwei Menschen im Hungerstreik sterben. Es ist so schmerzhaft zu wissen, dass nur eine Handvoll Leute den Widerstand von Nuriye Gülmen und Semih Özakca unterstützen (siehe WOZ Nr. 20/17) – in einem Land, in dem Zehntausende per Dekret ihren Job verloren haben, weil man sie als «Staatsfeinde» stigmatisierte.

18. Mai: Ich überdenke die von mir benutzten Begriffe «aufstrebender Populismus» und «postfaktisch». Die Konzeptualisierung der Welt von heute lässt diese Phänomene nicht nur brandneu erscheinen, sondern auch magisch und unerreichbar und trägt so zu ihrem Mysterium bei. Auf dem Flughafen Heathrow habe ich die folgende Werbung gesehen: «Im Zeitalter des Postfaktischen bringt Sie unser Unternehmen der Wahrheit näher.» Wenn der Begriff zum Marketingmotto für Consultingfirmen wird, ist es dann überhaupt noch koscher, ihn als politische Kritik zu gebrauchen? Vielleicht sollten wir zum guten alten Faschismusbegriff zurückkehren, der die Dinge klarer erscheinen liesse, so entsetzlich, wie sie tatsächlich sind.

19. Mai: Ich treffe mich mit dem Journalisten Patrick Cockburn zum Mittagessen. Er hat zusammen mit seinem Sohn, der in psychiatrischer Behandlung ist, das Buch «Henry's Demons» geschrieben, das dessen Leben verhandelt. Patrick zeigt mir Henrys Zeichnungen – und auf einmal hänge ich schluchzend über meinem spanischen Gericht. Die Bilder sind so wunderschön und menschlich. Zwischen meinen stillen Tränen muss ich mich bei Patrick entschuldigen. «Tut mir leid, ich glaube, die ganze Unmenschlichkeit um mich herum hat meine Immunität dem Menschlichen gegenüber geschwächt», sage ich.

In der Türkei ist heute Tag der Jugend und des Sports. Die Regierung ist dabei, alle von Republikgründer Mustafa Kemal Atatürk eingeführten Feiertage wieder abzuschaffen, also versucht der säkulare Teil der Bevölkerung, diesen Tag zu erhalten. Auf einmal ist ein unbedeutender Feiertag zum Instrument des Widerstands geworden.

20. Mai: Die Polizei hat die Redaktionsräume der Oppositionszeitung «Sözcü» durchsucht und zwei Journalisten festgenommen, obwohl es dafür keinerlei rechtliche Grundlage gab. Inzwischen befinden sich schon 160 Medienschaffende in Haft – Tendenz steigend.

Ece Temelkuran (43) ist Schriftstellerin, Journalistin und Juristin. Sie lebt derzeit in Zagreb. Gerade ist ihr Roman «Stumme Schwäne» bei Hoffmann und Campe erschienen. An dieser Stelle führt Temelkuran bis auf weiteres ein Tagebuch über das Geschehen in der Türkei.

Aus dem Englischen von Anna Jikhareva.